

Kommando zurück

Israels Ministerpräsident Olmert sucht Verbündete für seine Abzugspläne

VON WLADIMIR STRUMINSKI

Wie ernst ist es Ehud Olmert mit dem Rückzug? Wird er es wirklich wagen, Dutzende Siedlungen aufzulösen, Zehntausende Israelis aus ihren Häuschen auf den Hügeln von Judäa und Samaria zu verbannen? Angesichts der politisch zerklüfteten Knesset und der wackeligen Regierungskoalition ist die Frage verständlich. Sie hat wochenlang Israels politische Tagesordnung bestimmt. Der Rückzug, tröstete sich noch vor kurzem Awigdor Lieberman, Chef der rechten Israel-Beitru-Partei, sei unmöglich und werde nicht stattfinden.

Er hat sich offenbar geirrt. In der vergangenen Woche hat der Ministerpräsident klargestellt, daß er sich keine Verschnaufpause zu gönnen gedenkt. Zwar werde sich Israel bemühen, so Olmert, mit der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) Friedensverhandlungen aufzunehmen. Wenn das aber innerhalb eines halben Jahres nicht gelingt, werde Israel den einseitigen Rückzug vorantreiben. Mit dieser Erklärung hat der Regierungschef faktisch den Countdown eingeleitet. Denn daß es bis November zu Verhandlungen kommt, ist wenig wahrscheinlich. Jedenfalls nicht, wenn Israels Bedingungen erfüllt werden sollen: die Anerkennung des jüdischen Staates durch die Hamas, dauerhafte Einstellung des palästinensischen Terrorismus und Verhandlungen auf der Grundlage des internationalen Friedensplans. Der Vorschlag der Hamas, Israel möge mit PA-Präsident Abbas sprechen und sich auf die Grenzen von 1967 zurückziehen, ohne daß die Hamas auf die Befreiung „ganz Palästina“ verzichte, ist für Jerusalem inakzeptabel.

Allerdings wird der Weg zur Räumung trotz Olmersts Entschlossenheit nicht

leicht. Und zwar nicht nur wegen der innenpolitischen Widerstände und der hohen Kosten, die bei 70.000 Siedlern auf 15 bis 20 Milliarden Dollar beziffert werden. Auch bei den Palästinensern und international stößt der Plan auf Widerstand. Selbst die auf die Vertreibung des „zionistischen Besatzers“ bedachte Hamas hat Olmersts Pläne als „Kriegserklärung“ verurteilt. Die Islamisten fürchten, der Siedlungsabbau werde Israels Position stärken. Zudem stören sich die Palästinenser daran, daß Olmert nur die Siedler abziehen, der Armee in den geräumten Landstrichen aber im Kampf gegen den Terror freie Hand lassen will. Europa und die UNO drängen auf den Verhandlungsweg. Das stellte in der vergangenen Woche UNO-Generalsekretär Kofi Annan klar.

So ist Israel auf Hilfe aus Washington angewiesen. Allerdings haben sich die USA bisher geweigert, den Rückzugsplan zu billigen. Um die amerikanischen Bedenken zu zerstreuen, ist Olmert bereits von der ursprünglichen Formulierung abgerückt, die Rückzugslinie werde Israels künftige Staatsgrenze abstecken. Ein solches Diktat war selbst der Regierung Bush zuviel. Eine endgültige Grenzziehung, betonte Außenministerin Condoleezza Rice in der vergangenen Woche ein weiteres Mal, sei nur in Verhandlungen möglich. Auch haben die Amerikaner bisher keine finanzielle Hilfe für den Rückzug zugesagt. Bei seinem US-Besuch kommende Woche möchte der israelische Premier Präsident Bush zu mehr Entgegenkommen bewegen. Finanzhilfe inklusive. Auf jeden Fall möchte Olmert den Rückzug noch während Bushs Amtszeit abschließen. Wer weiß, ob der nächste Präsident genauso israelfreundlich wie der jetzige Amtsinhaber sein wird.



TROMMELN FÜR ISRAEL

Zu einer „Journey into Rhythm“ hatte die israelische Botschaft am Dienstag in die Arena in Berlin-Treptow gebeten. Der Percussionist Ziv Eitan begeisterte mit seinem Ensemble die rund 2.000 Gäste der Veranstaltung zum 58. Unabhängigkeitstag Israels. Auch Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) war der Einladung gefolgt. Israels Botschafter Shimon Stein freute sich über einen Abend „unter Freunden“.

ddk/Foto: Marko Priske

Akten des Bösen

Rotkreuz-Archiv in Bad Arolsen wird für Forschung geöffnet

Nach jahrelangem Streit wird das Archiv des Internationalen Roten Kreuzes zu Zwangsarbeit und Massenmord während der Nazizeit für Forscher zugänglich. Dies entschied die Elf-Staaten-Kommission, die über den Internationalen Suchdienst des Roten Kreuzes (ITS) wacht, am Dienstagabend in Luxemburg. Die einstimmige Entscheidung soll so schnell wie möglich von den elf Ländern ratifiziert werden.

Das Archiv im nordhessischen Bad Arolsen verwaltet rund 50 Millionen Dokumente mit Hinweisen auf 17,5 Millionen Häftlinge, Zwangsarbeiter und Vertriebene. Nach dem Zweiten Weltkrieg war es Hauptaufgabe des Suchdienstes, vermiste oder verschleppte nichtdeutsche Personen zu suchen und getrennte Familien wieder zu vereinen. Danach ging es um die Schicksale von Häftlingen in Konzentrationslagern, deportierten Juden und Zwangsarbeitern. In den vergangenen Jahren beschäftigte der ITS sich mit Bescheinigungen für Überlebende, die für eine Entschädigung einen Nachweis über ihre Zeit in Lagern oder als Zwangsarbeiter benötigen.

Trotz jahrelangen Drängens vor allem aus den USA war Forschern der Einblick in Aktenordner mit Aufschriften wie „Auschwitz“, „Bergen-Belsen“ oder „Buchenwald“ bisher versagt worden. Der ITS sowie Italien und Deutschland hatten den Schutz der oft intimen Personendaten betont.

Der jüdische Weltkongress begrüßte die Öffnung des Archivs. Der millionenfache Beweis für den Massenmord an den Juden stehe nun der Forschung zur Verfügung und sei ein Schlag ins Gesicht der Holocaustleugner. *dpa*

Protest in Blau und Weiß

Juden, Israelfreunde und Exil-Iraner wollen bei der WM gegen Irans Regime demonstrieren

VON DANIEL KILPERT

Wenn der Iran am 11. Juni zu seinem ersten Gruppenspiel gegen Mexiko in Nürnberg aufläuft, wird es außerhalb des Frankentadions Proteste geben. Verschiedene pro-israelische Gruppen und iranische Exilvereinigungen haben Aktionen geplant – nicht gegen die Fußballer, wohlgeachtet, sondern gegen das Mullah-Regime und Irans Präsidenten Ahmadinedschad, aber auch gegen die Entscheidung des Fußball-Weltverbands, dem Regime mit der WM eine Plattform zu bieten.

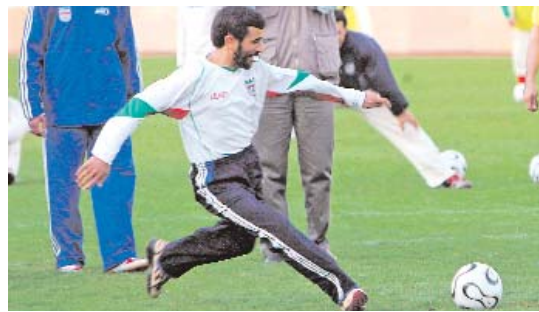
So will die Initiative „Honestly Concerned“ während aller Spiele des Iran in den Austragungsstädten Kundgebungen abhalten. Initiator Sacha Stawski sagte der Jüdischen Allgemeinen, bisher stünde eine Kundgebung vor der Alten Oper in Frankfurt am Main am 17. Juni fest. Dann trifft der Iran auf Portugal. Kundgebungen vor den Stadien sind zwar nicht erlaubt worden, aber in den Innenstädten wird Protest möglich sein. Ob und wie die pro-israelischen Gruppen in Leipzig auftreten werden, ist noch unklar. Denn die rechtsextreme NPD plant dort anlässlich des dritten Gruppenspiels der Iraner eine Pro-Ahmadinedschad-Veranstaltung.

Zu den Spielen plant „Honestly Concerned“ einen besonderen Coup: Vor den Stadien sollen Israel-Fähnchen an die Zuschauer verteilt werden. „Wenn nur ein einziges Bild von Fans mit so einem Fähnchen irgendwo gedruckt wird, dann hätten wir unser Ziel schon erreicht“, sagt Stawski. Eine Zusammenarbeit sucht er mit iranischen Exilvereinigungen, den Parteien wie auch mit jüdischen und christlichen Organisationen. Zusätzlich versucht man, an Karten für die Spiele zu kommen, um auf diese Weise auch größere israelische Fahnen in die Stadien zu bringen.

Eine andere Stoßrichtung verfolgt ein Projekt, das von der Organisation „Yad Achat“, einem Netzwerk zum Ausbau des deutsch-israelischen Austauschs, und „Exilkunst“, einer Vereinigung iranischer Exilkünstler, getragen wird. Man will ein israelisch-iranisches Freundschaftsspiel mit kulturellem Rahmenprogramm auf die Beine stellen. Damit solle deutlich gemacht werden, daß jenseits des staatlich verfügten totalen Boykotts Israels durch das iranische Regime Israel und Exil-Iraner „sehr wohl gut miteinander klar kommen können“, heißt es bei Yad Achat. Er erinnert beispielsweise an das Champions-League-Spiel des FC Bayern München bei Maccabi Tel Aviv, bei dem die Bayern auf ihren iranischen Stürmer Wahid Hashemian verzichtet hatten – offiziell wurden „Rückenprobleme“ als Begründung angegeben. Stattfinden soll das Spiel am 11. Juni in Berlin, also am gleichen Tag wie das erste Match der iranischen Nationalmannschaft. Noch nicht ganz klar ist, ob es den Organisatoren gelingt, eine Mannschaft aus Israel einfliegen zu lassen – dafür fehlt bisher das Geld.

Die Forderung nach einem Ausschluss des Irans von der Fußball-WM, die Politiker wie Daniel Cohn-Bendit von den Grünen, aber auch Wolfgang Overath, der Präsident des 1.FC Köln, erhoben hatten, war vom Fußball-Weltverband Fifa abgelehnt worden. Auch unter den Organisatoren der Proteste ist ein solcher Ausschluss umstritten. Kritiker merken an, daß Fußballspiele im Mullah-Staat immer eine Möglichkeit für

die Menschen im Lande sei, ungehindert von den Revolutionswächtern zum Feiern und Reden zusammenzukommen. Zusätzliche Brisanz bekommen die Proteste durch die Ankündigung staatlicher iranischer Stellen, Ahmadinedschad könne sich vorstellen die WM-Spiele seines Landes in Deutschland live zu verfolgen. Das Simon-Wiesenthal-Center hat die Fifa aufgefordert, einen solchen Besuch eines Holocaustleugners zu unterbinden. Auch drei iranische Ex-Nationalspieler, die im Exil leben und zum Umfeld der radikalen Regimegruppe „Volksmudschahedin“ gehören, haben sich in Berlin gegen eine WM-Reise Ahmadinedschads engagiert. Man dürfe nicht zulassen, daß Irans Präsident das Turnier zu Publicity-Zwecken mißbrauche. „Wir rufen alle Politiker auf, dafür Sorge zu tragen, daß der Staatspräsident der Islamischen Republik Iran ein Einreiseverbot für die Bundesrepublik Deutschland erhält und gegen ihn ein Strafverfahren wegen Volksverhetzung und Leugnung nationalsozialistischer Straftaten eingeleitet wird“ heißt es zudem in einem „Aufruf der Elf“. Zu den Erstunterzeichnern gehören die Publizisten Ralph Giordano und Henryk M. Broder sowie der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde Thüringen, Wolfgang Nossen.



Israelfeind und Fußballfreund: Irans Präsident Ahmadinedschad beim Training

Foto: dpa

kurznotiert

» VOR 50 JAHREN «

Bundestag gedenkt Spiegels

Der Bundestag hat am vergangenen Donnerstag zu Beginn seiner Sitzung des gestorbenen Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, gedacht. „Paul Spiegel war ein deutscher Patriot. Er wird uns fehlen“, sagte Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU). Mit Spiegel verliere Deutschland einen „großartigen Menschen und eine bedeutende Persönlichkeit“, die sich um das Land verdient gemacht habe. Die Aussöhnung von Juden und Deutschen sowie von deutschen Juden mit ihrem Land sei Mittelpunkt seines Wirkens gewesen, sagte Lammert. Spiegel war am 30. April nach langer schwerer Krankheit in Düsseldorf gestorben. *dpa*

Vorwürfe gegen Vlaams Belang

Nach einem rassistisch motivierten Doppelmord in Antwerpen wird der Ruf nach politischen Konsequenzen in Belgien lauter. Bürger und Politiker forderten, der offen ausländerfeindlichen Partei Vlaams Belang (VB) die staatlichen Zuschüsse zu streichen, weil sie der Gewalt den Nährboden bereitet habe. Ein 18-jähriger hatte vergangene Donnerstag eine Afrikanerin und eine türkische Mädchen erschossen und eine Türkin schwer verletzt. Der geständige Todeschütze ist in einem rechtsradikalen Umfeld aufgewachsen. Seine Tante Frieda Van Themsche sitzt für den VB im belgischen Parlament. Sein Vater gehört zu den ersten Mitgliedern der Partei, die bis 2004 Vlaams

Blok hieß. Der Großvater des 18-jährigen kämpfte im Zweiten Weltkrieg für Nazi-Deutschland als Freiwilliger an der Front. In Brüssel demonstrierten nach Polizeiangaben rund 1.200 Menschen friedlich gegen die staatlichen Zuschüsse für den VB. Auf einem Spruchband hieß es: „Der Vlaams Belang tötet.“ Manche Teilnehmer trugen Zielscheiben mit dem Aufdruck: „Wir sind alle Ausländer.“ Die Partei legte bei einem Wahlkongreß in Mechelen am Sonntag eine Schweigeminute für die Opfer des Todeschützen und von „sinnloser Gewalt“ im allgemeinen ein. „Aber niemand hat das Recht, dieses Verbrechen moralisch in unsere Schuhe zu schieben“, sagte der VB-Vorsitzende Frank Vanhecke. *dpa*

Parlament stützt Hirsi Ali

Die aus Somalia stammende Parlamentarierin und Islam-Kritikerin Ayaan Hirsi Ali kann ihre niederländische Staatsbürgerschaft möglicherweise behalten. Auf Druck des Parlaments will Außenministerin Rita Verdonk ihre Entscheidung überdenken, daß die Einbürgerung Hirsi Alis nichtig sei, weil sie 1997 falsche Angaben zur Person gemacht hatte. Das ergab in der Nacht zum Mittwoch eine stundenlange Dringlichkeitsdebatte des Parlaments, in der sich die Regierung und fast die gesamte Opposition gegen Verdonks Vorgehen aussprachen. Hirsi Ali hatte am Vortag ihren Sitz im Parlament aufgegeben und angekündigt, in die USA überzusiedeln. *dpa*

Wunsch nach Frieden

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Dag Hammarskjöld, unterbreitete dem Weltsechsheitstrat in der vergangenen Woche den abschließenden Bericht über seine Friedensmission im Nahen Osten. Er erklärt darin, daß die Initiative nun bei den Nahoststaaten liege und stellt fest: „Was getan wurde, kann der Beginn neuer fruchtbarer Entwicklungen sein. Ich glaube, daß ein allgemeiner Wunsch nach Frieden herrscht.“ (...) Nach Ansicht Hammarskjölds bietet die gegenwärtige Lage im Nahen Osten die Möglichkeit zu günstigen Kettenreaktionen. „ALLGEMEINE WOCHENZEITUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND“, 18. MAI 1956